
2415/J-BR/2006

Eingelangt am 09.06.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesräte Wiesenegg
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen
betreffend Strahlenschutzverordnung

Für die im ländlichen Raum praktizierenden Ärzte stellt die Strahlenschutzverordnung vom 1.1.2005 ein durchaus nachvollziehbares Problem dar.

Zudem berührt die Vorgabe dieser Verordnung im wesentlichen auch die rasche und sofortige medizinische Akutversorgung der ländlichen Bevölkerung

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen nachstehende

Anfrage:

1. Teilen Sie die Bedenken der Österreichischen Ärztekammer bezüglich Schließung von Röntgenanlagen laut Schreiben der Ärztekammer vom 15.5.2006?
2. Kann aus Ihrer Sicht, der Auffassung der ländlichen Allgemeinmediziner hinsichtlich einer neuen Fristsetzung Folge geleistet werden, um damit die weitere Nah- und Akutversorgung für die ländliche Bevölkerung zu gewährleisten?